

**Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein**  
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages

12. Juni 2019

PRESSEMELDUNG 30/2019

## **Das Fanal von Chemnitz: Wenn der Linksstaat zuschlägt AfD-Anfrage zum Messermord von Chemnitz deckt auf: „Hetzjagd“-Vorwürfe der Bundesregierung hatten keinerlei Substanz**

Als im September des vergangenen Jahres im Landtag Schleswig-Holsteins eine Aktuelle Stunde anberaumt wurde, waren die Altparteien in ihrem Element. Aus Anlaß der klaren und kritischen Worte der schleswig-holsteinischen AfD-Abgeordneten Doris v. Sayn-Wittgenstein (vgl.

[https://www.doris-von-sayn-wittgenstein.de/fileadmin/user\\_upload/Pressemitteilungen/2018/20180827\\_Pressemeldung\\_45\\_Steinmeier\\_final.pdf](https://www.doris-von-sayn-wittgenstein.de/fileadmin/user_upload/Pressemitteilungen/2018/20180827_Pressemeldung_45_Steinmeier_final.pdf)) zu dem kaltblütigen Mord in Chemnitz und der sich daran anschließenden Medienkampagne gegen politisch Andersdenkende, die es wagten, Kritik an der mit dem Asyl-Ansturm verbundenen „Messereinwanderung“ zu üben, schmiedeten die etablierten Parteien auch im Kieler Landeshaus die pro-migrantische Einheitsfront (vgl. [http://www.landtag.ltsh.de/nachrichten/18\\_09\\_chemnitz\\_aktuelle\\_stunde\\_afd](http://www.landtag.ltsh.de/nachrichten/18_09_chemnitz_aktuelle_stunde_afd)).

Doch nach und nach kommt die Wahrheit ans Licht. Insbesondere die angeblichen „Hetzjagden“ gegen Ausländer hat es nämlich gar nicht gegeben. Und genau diese wurden von Medien, Politik und Gesellschaft permanent instrumentalisiert, um den gerechtfertigten Widerstand gegen den Messermord von Chemnitz zu kriminalisieren. Wenn Unrecht zu Recht wird....

Kritische Worte der Chemnitzer „Freien Presse“, der Staatsanwaltschaft sowie Polizei vor Ort und vor allem vom damaligen Verfassungsschutzpräsident Maaßen an der manipulierten Medienkampagne rund um die vorgeblichen „Hetzjagden“ wurden entweder unter den Teppich gekehrt oder derart skandalisiert, daß der verdiente Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom sich immer mehr ausbreitenden „Linksstaat“ aus dem Amt gedrängt wurde.

Und nun das: Eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion (vgl. <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/085/1908570.pdf>) enthüllt, daß sich die Bundesregierung in ihrer Bewertung der sogenannten „Hetzjagd“ einzig und allein auf „die regionale und überregionale Presse“ stützte, und nicht etwa auf die Einschätzungen von amtlichen Behörden aus Sachsen. Denn diese fanden keine Hinweise auf eine „Hetzjagd“.

Dazu erklärte die AfD-Politikerin v. Sayn-Wittgenstein: „Das im Fall von Chemnitz an den Tag gelegte Vorgehen der Bundesregierung - im Grunde aller etablierten Parteien - ist ein politisches Armutszeugnis. Es zeigt vor allem auf, welchen Einfluß linksradikale Medienmanipulation und ihr Umfeld in diesem Land inzwischen haben. Ein manipuliertes Video reichte aus, um Proteste aufgebracht und besorgter Menschen von oben herab zu kriminalisieren und sich so einer

Lösung der hausgemachten Probleme zu entziehen. Erschreckend hieran ist, wie Linksideologie staatliches Handeln lenkt.“